Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1902

481 (15.10.1902) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung Karlsruhe, Hirschstraße 3, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 15. Oktober 1902.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

193. Sitzung vom 14. Oktober, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt (etwa 90 Abgeordnete).

Am Tische des Bundesraths: Bei Beginn der Sitzung: Kommissare.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Zunächst erlaube ich mir nach längerer Pause zu Beginn des neuen wichtigen Sessionsabschnitts die Herren Kollegen auf das Herzlichste zu begrüßen.

Zu Ehren des am 2. Oktober verstorbenen Abg. Kauffmann erheben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Präsident Graf Ballestrem theilt ferner mit, daß König Georg von Sachsen ihn beauftragt habe, dem Reichstag herzlichsten Dank auszusprechen für die Theilnahme, die er im Namen des Reichstags anläßlich des Hinscheidens des Königs Albert, des letzten großen Heerführers aus großer Zeit, Ausdruck gegeben habe. Der Auftrag sei ihm in besonderer Audienz ertheilt worden. Ferner habe er auf den Sarg des Oberpräsidenten von Goßler einen Kranz namens des Reichstags niedergelegt. Weiter habe der französische Botschafter dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen, in Erledigung eines ihm ertheilten Auftrages, den aufrichtigsten Dank der Regierung der französischen Republik für die Theilnahmskundgebung des Reichstages anläßlich des Unglücks auf der Insel Martinique ausgedrückt. Der Botschafter habe dem Staatssekretär mitgetheilt, daß das französische Volk für die sehr sympathische Theilnahme des deutschen Reichstags erkenntlich sei.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung, deren einziger Gegenstand die Berathung von Petitionen bildet.

Eine Reihe von Petitionen betrifft die Beschaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechts und die Gewährung der gleichen Rechte bezüglich desselben an Frauen.

Die Kommission beantragt, die Petitionen, soweit sie sich auf die Schaffung eines Reichs-Vereins- und Versammlungsrechts beziehen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, dagegen die die Gleichstellung der Frauen mit den Männern bezweckenden Petitionen nur insoweit zur Berücksichtigung zu überweisen, als den Frauen die Theilnahme an Vereinen und Versammlungen gestattet werden solle, in welchen die Berufsinteressen derselben zur Verhandlung gelangen, im Uebrigen aber über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Die Abgg. Rickert (freis. Vergg.) und Dr. Crüger (freis. Vp.) beantragen, sämmtliche Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Meine Freunde haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß ein einheitliches Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht ein Bedürfniß sei. Freilich mag es ja schwer sein, dazu zu kommen, aber trotzdem werden wir bei jeder Gelegenheit unsere Stimme erheben und ein solches Gesetz fordern. Auch die Gesellschaft für soziale Reform hat in verschiedenen Schriften die Nothwendigkeit eines einheitlichen Vereinsgesetzes dargethan. Wir werden daher für Ueberweisung der Petitionen zur Berücksichtigung stimmen. Wie nothwendig eine Regelung dieser Materie auch hinsichtlich des Versammlungsrechts der Frauen ist, das beweist unter Anderem das an Frl. Helene Simon ergangene Verbot, auf der letzten Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform ein Referat zu erstatten.

Abg. Trimborn (Centr.): Die Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das deutsche Reich ist nach Ansicht meiner Freunde eine überaus dringende Aufgabe. Wir schließen uns der Ansicht Professor Herkners an, der ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für eine nothwendige Ergänzung des einheitlichen Wahlrechts erklärt. Bei der bunten Verschiedenheit in den verschiedenen Landesgesetzgebungen kann auch von einer gesunden Praxis in der Handhabung der bestehenden Vereinsgesetze nicht die Rede sein. Das liegt in der Natur der Beziehungen, wie sie zwischen den verschiedenen Landestheilen im Reichsganzen obwalten. Die Koalitionsfreiheit ist reichsgesetzlich normirt, das Vereinsrecht aber landesgesetzlich; an diesem Widerspruch krankt die Rechtsprechung und Verwaltung. Die Folge ist eine gewisse Polizeiwillkür, die gegen aller Interesse verstößt. Es leiden darunter insbesondere die sozialen Bestrebungen. Und zwar handelt es sich hier nicht etwa um ein parteipolitisches Interesse: die Arbeiterorganisationen aller Schattirungen verlangen Aufhebung der Chikanen und Drangsalirungen, die aus jener Willkür folgen. Nicht nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden davon betroffen, sondern ganz ebenso die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Ein wirkliches Koalitionsrecht ist überhaupt ohne ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht ein Ding der Unmöglichkeit. In dieser Beziehung stimmen wir den Petitionen bei.

Ein Anderes ist es aber mit der Forderung auf Gleichstellung der Frauen mit den Männern in Bezug auf das Vereinsrecht. Dieser können wir nicht zustimmen. Allerdings muß der Frau das Recht zugestanden werden, soweit sie selbst wirthschaftlich in einem Beruf thätig ist, diese ihre Berufsinteressen in Fachvereinen wahrzunehmen. Dagegen sind wir gegen die Betheiligung der Frauen am politischen Vereinsleben. Wir wollen nicht die Frauen in die Wahlagitation hineinziehen (Sehr richtig! rechts und im Centrum). Die Vertretung der Berufsinteressen schließt freilich eine gewisse sozialpolitische Bethätigung auch in sich. Und in dieser Hinsicht dürfen die Grenzen nicht allzu eng gezogen werden. So z. B. muß durch die Gesetzgebung es unmöglich gemacht werden, daß, wie bei der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform, das Referat einer Dame verboten wird und diese ihr eigenes Referat, von einem Andern verlesen, anhören muß. Da habe ich mich wirklich als Preuße vor den anwesenden Ausländern beinahe geschämt. Wir können nur wünschen und hoffen, daß wir im Allgemeinen in sozialpolitischer Beziehung mehr auf den Standpunkt kommen, der durch den Geist der Februar-Erlasse bestimmt war. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Rickert (freis. Vergg.): Der Herr Vorredner verlangt ein einheitliches und freiheitliches Vereinsrecht, will aber die Frauen von der Betheiligung an der Politik ausschließen. Dieser Standpunkt ist mehr als inkonsequent. Die Hälfte der Reichsangehörigen soll entrechtet bleiben, und das nennt man dann freiheitlich! (Sehr richtig! links.) Redner befürwortet den Antrag auf Ueberweisung der Petitionen, betreffend die Gleichstellung der Frauen, zur Berücksichtigung.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.) beleuchtet einige Einzelfälle aus der Praxis der Vereinsgesetzgebung. Wenn man die Verhältnisse in Weimar-Eisenach und Sachsen etc. sich ansieht, dann ist es schwer, eine Satire nicht zu schreiben. (Sehr gut! links.) Und doch ist dieses Sachsen noch freiheitlicher als Preußen. Es muß mit aller Schärfe dagegen protestirt werden, daß man in Preußen noch eine Bestimmung aus absolutistischer Zeit anwendet, das präventive Versammlungsverbot, das aus § 10 des alten preußischen Landrechts hergeleitet wird, wie dies gegen den Grafen Pückler geschehen ist. Es geht nicht, daß man es dem Ministerium und der Polizei überläßt, das ganze Versammlungsrecht in präventiver Weise außer Kraft zu setzen! (Sehr richtig! links.) Und dieselbe Willkür finden wir bei der Anwendung des § 8 des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts, der ganz verschieden gegen den Bund der Landwirthe und gegen Sozialdemokraten angewendet wird. Dieses preußische System ist nur ein vorzügliches Agitationsmittel für die Sozialdemokratie, ich verweise auf die vorzüglichen Ausführungen des Abg. Ledebour auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

Was die Gleichstellung der Frauen anlangt, so wollen wir, daß dieselbe uneingeschränkt durchgeführt wird. Der Herr Kollege Trimborn sagt, er hätte sich geschämt, als das Referat der Dame in Köln verboten wurde. Aber nach seinem Standpunkt soll ja Alles gerade beim Alten bleiben. (Sehr richtig! links.) Wie soll man denn den Begriff „Berufsinteressen" umgrenzen? Fräulein Helene Simon ist keine Arbeiterin, die ihre eigenen Berufsinteressen wahrnimmt, sondern eine Wissenschaftlerin, die für die Berufsinteressen der Arbeiterinnen eintritt. Das würde also nach Herrn Trimborn verboten bleiben müssen. Ueberhaupt will Herr Trimborn die Sache auf ein sehr niedriges, rein materialistisches Niveau herabdrücken, während seine Partei doch sonst so viel von idealen Interessen spricht! Man will auf manchen Seiten immer noch nicht einsehen, daß die Verhältnisse der Frauen sich in den letzten Jahrzehnten von Grund auf geändert haben. Wir haben heute z. B. in Deutschland 6,6 Millionen alleinstehende Frauen. Wenn die Regierung den Frauen absolut nicht entgegenkommen will, dann darf sie sich nicht wundern, daß diese immer mehr Anschluß an die Sozialdemokratie suchen. Vorläufig steht die große Mehrzahl noch auf bürgerlichem Standpunkt; eine solche Politik aber treibt sie der Sozialdemokratie in die Arme. (Sehr richtig! links.)

Abg. Bebel (Soz.): Bis jetzt haben nur Redner, die mehr auf der linken Seite stehen, sich zu dieser wichtigen Frage geäußert. Es wäre doch auch wichtig, zu erfahren, wie die Rechte darüber denkt. Daß die Herren, die bisher gesprochen, vor Allem der Herr Kollege Bassermann, einen solchen Eifer für die Schaffung eines einheitlichen Vereinsrechtes an den Tag gelegt haben, freut mich. Früher war davon wenig zu merken. Ich will hoffen, daß nicht die nahen Reichstagswahlen diese Stimmung jetzt hervorgerufen haben. Freilich ist die Polizeiwillkür so offen zu Tage getreten, daß man sich nicht gut mehr dieser Aufgabe entziehen kann. In Sachsen ist ganz offiziell durch den Minister von Metzsch erklärt worden, daß das Versammlungsrecht nach zweierlei Maß gehandhabt wird, je nachdem es sich um Sozialdemokraten oder Ordnungsparteien handelt. Der Herr Kollege Trimborn hat heute betont, daß seine Partei auch gerade auf die Freiheitlichkeit des Vereins- und Versammlungsrechtes Werth legte. Aber gerade seine Partei hätte oft Gelegenheit gehabt, diese ihre Auffassung zu bethätigen. Ich erinnere nur an die Haltung der Centrumsfraktion im bairischen Landtag, wo sie ja ausschlaggebend ist, und wo sie die freiheitlichen Anträge meiner Parteigenossen zu Fall gebracht hat. Ich erinnere an die Versammlung des Grafen Hoensbroech in München, wo die Versammlungsfreiheit mit Hilfe von ultramontanen Maßkrügen durchbrochen wurde. Ja, in Köln hat das Centrum, das dort direkt unter dem Abg. Trimborn steht, es bewirkt, daß meine Parteigenossen für ihre Versammlungen keinen größeren Saal bekommen können. (Hört, hört!) Und da tritt Herr Trimborn hier im Reichstag für ein freies Versammlungsrecht ein! Allerdings sind die Zustände in dieser Hinsicht so skandalös, daß man nicht gut anders kann. Ist es nicht unglaublich, daß ein Gendarm, der an Bildung, Urtheil und Wissen nicht entfernt an die Versammlungsbesucher heranreicht, einfach 500, 600 erwachsene Menschen nach Hause schicken kann, weil ihm das, was geredet wird, „nicht gefällt"! (Sehr gut! links.) Ist es doch kürzlich sogar passirt, daß eine Versammlung aufgelöst wurde, weil der überwachende Beamte erklärte, ihn friere es an den Füßen, und das könne er nicht aushalten. (Hört, hört!) Man verweist uns freilich immer auf das Beschwerderecht! Als ob es uns irgend nützt, wenn nach 4—6 Wochen der Beamte, der willkürlich vorgegangen, rektifizirt wird! Dann ist ja der Zweck der Versammlung längst vereitelt! Unerhört ist es, daß die Polizei die Listen der Mitglieder sozialdemokratischer Vereine dazu benutzt, um die Leute aus der Arbeit zu bringen. Es kommt überhaupt nicht selten vor, daß die Polizei diese Listen in ungehöriger Weise verwendet, insbesondere auch, um sozialdemokratische Mitglieder aus Kriegervereinen zu entfernen Es ist in Folge dessen dringend nothwendig, daß wir endlich ein Reichsvereinsgesetz erhalten, in dem diese einzelstaatlichen Uebergriffe zur Unmöglichkeit gemacht werden. Bei uns möchte man jetzt ja am liebsten eine Strafe darauf setzen, wenn überhaupt Jemand in eine Versammlung geht. Was ist es für eine ungeheure Ungerechtigkeit, daß den Frauen noch immer das Vereins- und Versammlungsrecht entzogen wird. Bei der Audienz, die 35 Frauen bei dem Reichskanzler hatten, sagte dieser in Beziehung auf das Vereinsrecht der Frauen, er sei nicht allmächtig. Also der Reichskanzler selbst will den Frauen das Vereinsrecht einräumen. Nun, wenn er es ernstlich will, dann kann er es auch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Trimborn will freilich von der Theilnahme der Frauen an politischen Geschäften nichts wissen. Er vergißt dabei aber ganz den früheren Centrumsführer Dr. Windthorst. Der hat es den Frauen ausdrücklich ans Herz gelegt, auf ihre Männer bei den Wahlen einzuwirken, daß sie Centrumsleute wählen. (Heiterkeit.) Ich gebe ohne Weiteres zu, mit dem Frauenstimmrecht würden wir zu Anfang schlechte Erfahrungen machen, aber das würde sich bald ändern, und jetzt bei der Zolltarifsfrage würden wir die Frauen sogar von vornherein auf unserer Seite haben. (Sehr richtig! links.) Wir wollen, daß die Frauen nicht länger der Willkür ausgesetzt werden, sondern daß sie das Recht haben, sich zu versammeln. Die Verordnung des preußischen Ministers des Innern, daß Frauen dann zuzulassen seien, wenn sie in getrennten Saalabtheilungen untergebracht würden und sich an der Debatte nicht betheiligten, widerspricht direkt dem Gesetz. Wenn es in Preußen einen Staatsanwalt gäbe, der seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit thäte, so müßte er Anklage gegen den Minister erheben wegen Verletzung des § 8 des Vereinsgesetzes, denn dieser verbietet die Anwesenheit von Frauen überhaupt. Diese ungesetzliche Konzession des Ministers zeigt am klarsten, daß mit dem bisherigen Vereinsgesetz nicht länger auszukommen ist. Der Antrag der Kommission ist unpraktisch, man weiß danach überhaupt nicht, welche Frauen an den Versammlungen theilnehmen sollen, denn der Begriff „Berufsinteressen" ist denn doch allzu unbestimmt. Wir wollen kein Flickwerk, sondern ganze Arbeit, ein einheitliches deutsches Versammlungsrecht, das mit allen veralteten Vorurtheilen gründlich aufräumt. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ist die Zahl der Eheschließungen im Rückgange begriffen. Deshalb hat die Gesetzgebung die Pflicht, die Frau im Kampfe ums Dasein zu unterstützen. Wollen Sie etwa behaupten, daß die Frauen nicht mindestens ebenso stark an Ihrem Zolltarif interessirt sind, wie die Männer? Es wird so viel unklares Recht geschaffen, daß der Reichstag sich wenigstens auf einem Gebiete, dem des Vereins- und Versammlungsrechts, bemühen sollte, endlich Klarheit herbeizuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Ministerialdirektor Dr. Fischer: Zu meinem großen Bedauern muß ich heute in der ersten Sitzung schon wieder zum so und so vielten Male Angriffe gegen das Vereins- und Versammlungsrecht meines engeren Vaterlandes zurückweisen. Daß es mit diesem Vereinsrecht doch nicht ganz so schlimm steht, wie es von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, dürfte schon daraus erhellen, daß selbst Herr Dr. Müller-Meiningen anerkannt hat, daß Sachsen sich eines verhältnißmäßig liberalen Vereinsrechts erfreue. (Lachen links.) Alles Recht muß doch seinem Geiste nach gehandhabt werden, und wenn es nun einmal verboten ist, daß Minderjährige sich an politischen Versammlungen betheiligen, dann darf man es auch nicht übel nehmen, wenn die Polizei eine Versammlung schließt, der Minderjährige an absichtlich geöffneten Fenstern und Thüren von außen beiwohnen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es einmal vorgekommen ist, daß ein sächsischer Polizeibeamter auf die Bemerkung eines Redners „Ich komme zum Thema" bemerkte: „Von dem Thema darf nicht gesprochen werden", so ist es klar, daß er sich nur versprach, daß er meinte, von dem Thema dürfe nicht abgewichen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozialdemokraten sich über die Schranken des Vereinsrechts hinwegsetzen, dann dürfen sie sich nicht wundern, daß man sich dagegen zur Wehr setzt, denn Druck erzeugt Gegendruck.

Geheimrath Dr. Paulssen vertheidigt mehrere von ihm vertretene thüringische Staaten gegen Angriffe auf deren Vereins- und Versammlungsrecht, wird aber hierbei andauernd von sozialdemokratischer Seite unterbrochen. (Präsident Graf Ballestrem bittet wiederholt, diese Unterbrechungen zu unterlassen.) Redner bemerkt unter Anderem, daß das neue Vereinsrecht, das sich Schwarzburg-Sondershausen gegeben habe, keinesfalls schärfer sei, als das irgend eines anderen deutschen Staates. Auf die einzelnen Angriffe könne er nicht eingehen, da man es unterlassen habe, ihn vorher über das Vorbringen derselben zu benachrichtigen und er sich in Folge dessen nicht habe informiren können.

Abg. Chrzanowski (Pole): Bei dem Einfluß der preußischen Regierung wäre es wohl möglich, daß bei einem Reichsvereinsgesetz die Bestimmungen ebenso umgangen werden, wie jetzt die des preußischen Vereinsgesetzes. Deshalb müssen wir ganz klare Bestimmungen schaffen, damit den Chikanirungen ein Ende gemacht wird. Heute werden z. B. die polnischen Turnvereine als politische angesehen, die deutschen aber nicht, obwohl auf deren Festen hochpolitische Reden gehalten werden. Auch bei der Genehmigung von Aufzügen wird mit zweierlei Maß gemessen, je nachdem, ob es sich um polnische oder deutsche Vereine handelt.

Abg. Trimborn (Ctr.): Der Abg. Bebel hat gegen die bürgerlichen Parteien den Vorwurf erhoben, daß sie dieser Materie gegenüber sich sonst sehr kühl verhalten hätten. Ich muß die bürgerlichen Parteien, soweit sie heute hier zu Worte gekommen sind, gegen diesen Vorwurf entschieden in Schutz nehmen. Der Reichstag hat sich wiederholt mit dieser Materie beschäftigt. Und die bürgerlichen Parteien sind stets für die Wahrung des Koalitionsrechtes eingetreten. Die gegen meinen Standpunkt von Seiten der Herren der Linken erhobenen Angriffe treffen mich nicht. Ich setze als selbstverständlich voraus, daß, wenn man sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellt, man den Begriff der „Berufsinteressen" so weit faßt, daß z. B. Vorfälle, wie der in Köln, sich nicht wiederholen können. Im Allgemeinen aber, meine ich, sollte man sich doch, wenn man wirklich das Vereinsrecht verbessern will, mit dem Erreichbaren begnügen. Es hat keinen Zweck, in den Forderungen zu weit zu gehen. Die Angriffe des Herrn Bebel gegen meine Fraktion sind haltlos. Nicht wir haben durch Saalabtreiberei die Versammlungsfreiheit durchbrochen, sondern seine Parteigenossen, die gegnerische Versammlungen sprengen. Was das Frauenstimmrecht betrifft, so sollte Herr Bebel nicht vergessen, daß gerade seine Parteigenossen in Belgien dasselbe abgelehnt haben.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Der Präsident theilt noch mit, daß von den Abgg. Müller-Sagan (freis. Vp.) und Gen. eine Interpellation, betreffend die Fleischnoth, eingegangen ist. Dieselbe wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr. (Wahl eines neuen Schriftführers an Stelle des Abg. Pachnicke. Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.), betreffend die Arbeitslosigkeit. Rest der heutigen Tagesordnung.)

Schluß 5¾ Uhr.

Allgemeiner Delegiertentag
der
Nationalliberalen Partei.

* Eisenach, 12. Okt.

Zweiter Versammlungstag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Dr. **Paasche** (fortfahrend): Ein neuer Tarif kann den geänderten Verhältnissen entsprechend umgeändert werden. Durch den alten wurde die Industrie eher gehindert, als gefördert; er warf zusammen, was früher einmal zusammen gehörte, inzwischen aber längst getrennt war, so feine und grobe Maschinen u. s. w. Er gewährte im Ganzen keinen wirklichen Schutz. Deshalb wurde der neue Tarif auf die technische Höhe gebracht als Waffe gegen das Ausland. Die Freisinnigen greifen ihn darum an, besonders wegen der nötigen Erhöhungen, als ob das Ausland dadurch zu Gleichem veranlaßt würde. Vergleichen Sie aber unseren Zolltarif mit denen, die rund um uns herum errichtet sind. Sie sind viel höher, zum Teil protektionistisch, der unsere bleibt weit dahinter zurück, er beträgt höchstens 10—12 Proz. Im Ausland handelt es sich vielfach um sogenannte Erziehungszölle. Heute schon ist es oft schwer, dort zu konkurrieren, wo wir früher sichere Absatzgebiete hatten. Da ist es selbstverständliche Pflicht der Abwehr, wenn wir das Ausland zwingen, seine Grenzen zu öffnen. Wenn wir nach freihändlerischem Rezept unsere Zölle herabsetzen, wie sollten wir dann überhaupt zu Konzessionen und Gegenkonzessionen, zu Handelsverträgen kommen. Bloß uns zu Liebe bindet sich das Ausland nicht. Es wird es dankbar annehmen, wenn wir ihm keine Schwierigkeiten machen. Das Richtige ist der autonome Tarif, um ev. Andere zur Mäßigung zu zwingen. Ich glaube nicht, daß durch die Zollerhöhungen der Abschluß der Verträge gefährdet ist. Die Freihändler behaupten, daß auf die Minimalzölle für Getreide kein Land mit uns Verträge schließen könne. Eine solche Behauptung trägt nicht bei, sie zu fördern. Das Ausland sagt da einfach: Ich werde doch nicht so dumm sein, auf solcher Basis Verträge zu schließen, wenn man das in Deutschland selbst für ausgeschlossen hält. Wir müssen der Regierung vertrauen, nachdem sie mehr wie einmal feierlich erklärt hat, mit diesen Zöllen vorteilhafte Verträge schließen zu können. Wenn sie auch nicht Fühlung mit den Parteien gesucht hat, so doch nach Außen. Deshalb ist auch ein guter Teil unserer Freunde für diese Minimalzölle eingetreten. So gut wir auf Verträge mit dem Ausland angewiesen sind, so gut dieses auf solche mit uns. (Sehr richtig!) Wir sind nicht die Schwachen, die von seiner Gnade leben. Wenn wir für Milliarden exportieren, so nehmen wir ebensoviel auf. England, Frankreich, Oesterreich, Rußland haben ebensoviel Interesse, mit uns nicht zu brechen, als wir mit ihnen. Deshalb machte es einen recht unerfreulichen Eindruck, als die Vertreter des auswärtigen Amtes in der Kommission immer wieder uns warnten: Verletzen Sie die Gefühle der oberitalienischen Gärtner u. s. w. nicht. Stehen diese uns näher als unsere eigenen? Das verständige Ausland wird wissen, daß das deutsche Volk, stets wachsend, fremde Zufuhr an Nahrungs- und Genußmitteln braucht. Dann wird z. B. der russische Finanzminister wissen, daß wir seinen russischen Roggen abnehmen, auch wenn 50 Pf. Zoll mehr darauf liegen. Der Redner gedenkt dann der schweren Arbeit in der „Schwätzerkommission", die nach den 10 Plenarsitzungen ihrerseits 111 Sitzungen abhielt, in der von der Opposition geredet wurde, nur um zu reden und nichts zu Stande kommen zu lassen, die Führer des Bundes der Landwirte so weitgehende Forderungen aufstellten, daß sie schließlich ganz isoliert und ihre Anträge in 2. Lesung nicht einmal mehr zur Diskussion gestellt wurden; selbst von ihren konservativen Freunden wurden sie im Stich gelassen und scharf verurteilt. Diese Politik hat sich selbst gerichtet, und daß man für die Versagung extremer Forderungen bei den Industriezöllen Revanche nahm, schlug dem Faß den Boden aus. Diese Forderungen im Interesse eines Berufsstandes brandmarkt unsere Resolution. Die Konservativen selbst haben eine Zeit lang versucht, selbständige Politik zu treiben. Sie waren nicht zufrieden mit dem, was die Regierung der Landwirtschaft bot, aber sie waren ehrlich genug, die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft anzuerkennen. Zum Teil sind sie es noch: aber mit Bedauern muß ich konstatieren, daß die Kanitz, Schwerin usw. immer mehr unter das Joch des Bundes gerieten. Sie haben schließlich auch gegen die Industriezölle und für die Forderungen des Bundes gestimmt. Die Freikonservativen haben sich nie so schroff gebunden, wenn sie auch vorläufig für das Kompromiß eintreten. Die Stellung der freisinnigen Vereinigung ist erst recht unverständlich. Wenn man die jetzige Grundlage der Verträge, den alten Tarif für ideal hält, kann man ihn nur wiederherstellen. Das ist aber kein Prinzip des Freihandels. Hat doch auch Gothein 5 M. Roggenzoll und zum Teil Zollerhöhungen (auf Thonwaren) gefordert, nur um am alten Tarif festzuhalten. Die jetzigen Verträge bedeuten aber doch auch keinen Freihandel, sondern nur eine geringe Zollermäßigung. Wer gute Verträge dadurch will, daß er der Regierung die Waffen in die Hand giebt, ist nicht weniger ein Freund der Verträge als derjenige, der nur immer am Bestehenden festhält. Wir müssen uns dann gefallen lassen, daß das Ausland seine Zölle erhöht und uns nur geringe Gegengaben bietet. Die Freisinnige Volkspartei operierte geschickter. Sie wandte sich auch gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle, aber sie trieb nie grundsätzliche Obstruktion, sondern hat Beschlüsse mit unterstützt, denen die Vereinigung die Zustimmung versagte. Die Sozialdemokratie hatte ein noch einfacheres Rezept, sie verlangte sämtliche 946 Positionen zollfrei; nur bei ausländischen Orden wollte sie einen Zoll von 1000 M., wahrscheinlich, damit der Tarif nicht gleich Null werde. (Heiterkeit.) Dabei forderte sie z. B., als die Getreidezölle schon beschlossen waren, Freiheit für Mehl, als ob die Müller den Zoll allein aus ihrer Tasche zahlen würden. Aehnlichen Unsinn machten sie bei Seide u. s. w. Die Freiheit für Nahrungsmittel dehnten sie auch auf den Kaviar, Austern aus; sie sprachen von den Champignons der armen Witwe. Entspricht dies denn noch dem Wesen der Partei? Marx empfahl den Freihandel nur, weil er schneller zur Revolution führe, sonst hatte er genug Gründe gegen ihn. Lasalle sprach von der Nachtwächterpolitik der Freihändler, die gegen das Interesse der Arbeiter sei. Das Gleiche haben heute die Kautsky, Schippel nachgewiesen. Die Sozialdemokratie fordert den Freihandel nur aus Agitationsbedürfnis, besonders wegen des Brotwuchergeschreis. Ich glaube immer noch, daß unsere Arbeiter verständig genug sein werden, auch die Gegengründe zu hören. Schippel sagt: Die Löhne des Arbeiters hängen nicht von den Getreidepreisen ab. Er hat hohe Löhne, wenn etwas verdient wird. Es ist die Politik des kleinen Spießbürgers, die Alles immer nur billig haben will! Unter Getreidepreisen leiden kleine Beamte usw. mit festem Einkommen. Aber die Lebensbedingungen des Arbeiters hängen von Anderem ab. Das Centrum ist in der Kommission merkwürdig agrarisch geworden. Herold hat die Führung übernommen und mit einem Takt und einer Meisterschaft operiert, die man einem einfachen Landwirt kaum zugetraut hat. Er verstand es, seine Partei zusammen zu halten, sodaß sie zu Posadowsky sagen konnte: Auf dieser Grundlage wird der Tarif nie zu Stande kommen. So hat das Centrum sich nach agrarischer Seite festgelegt in einer Weise, die vielleicht Vielen unbequem werden wird. Was unsere eigene Stellung betrifft, so verlangen wir langfristige Handelsverträge und Schutz der Landwirtschaft vor Not und Gefahr. Es ist Unsinn, wenn man da von Brotwucher spricht. Wucher nennt man Ausbeutung der Notlage des Schwächeren durch den Stärkeren. Aber hier ist doch wohl der Landwirt nicht der Stärkere gegenüber dem Arbeiter, sondern dieser gegenüber jenem. Mögen die landwirtschaftlichen Roherträge gestiegen sein, so sind es doch auch die Löhne, Lasten und andere Ausgaben, und die Reinerträge sind zurückgegangen. Wenn bei höheren Zöllen die Löhne der Arbeiter steigen, kann man doch nicht von Brotwucher sprechen, zumal nachgewiesen ist, daß bei niedrigen Zöllen die Löhne sinken. Wir können mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen. Wenn wir für bessern Schutz der Landwirtschaft eintreten, so thun wir es nicht, um die Armen auszuplündern, sondern um der Landwirtschaft die Stellung zu erhalten, die sie in unserem wirtschaftlichen Leben haben muß. (Sehr richtig!) Wenn man sagt, daß wir die Getreidepreise steigern wollen, so ist das falsch. Wir wollen nur das Sinken verhindern. Soll die Landwirtschaft verschwinden? Keiner von uns wird das wünschen. (Sehr wahr!) Wir wollen nicht nur Industriestaat sein, sondern neben einer blühenden Industrie eine blühende Landwirtschaft. Wir müssen den Weltmarkt, aber auch den inneren Markt uns erhalten, mit einer verständigen Weltpolitik eine verständige Heimatpolitik verbinden. Wir haben der Industrie viele Wünsche unterstützt, aber nie maßlose, haben stets abgewogen, ob ein Ausgleich möglich blieb. Die Anträge, die wir unterstützten, gingen zum Teil über die Regierungsvorlage hinaus. Deshalb sind in unserer Resolution die Worte „im Wesentlichen" eingefügt. Auch bei den Getreidezöllen haben wir den Standpunkt gewahrt, daß wir einen erhöhten Schutz für die Landwirtschaft wollten. Das Kompromiß haben wir nicht mitgemacht. Unser Freund Sieg war der Einzige, der sich ihm anschloß — wie er erklärte, nicht um unter allen Umständen an ihm festzuhalten, sondern weil eine runde Ablehnung dahin führen könnte, daß man uns vom maßgebenden Einfluß ausschließt und extreme Forderungen stellt. Es ist deshalb nicht recht, wenn man das Verhalten Einzelner von uns zu scharf kritisiert. Der Boden, auf dem wir heute stehen, ist der sicherste. (Sehr richtig!) Nach den Erklärungen des Reichskanzlers und der Minister im Namen des Bundesrats können wir, wenn ihr Wort überhaupt noch etwas gilt, ihnen nicht sagen: Wir glauben Euch nicht. Wenn sie ihr Wort, daß sie, um noch zu brauchbaren Verträgen zu kommen, über die vorgeschlagenen Mindestzölle unter keinen Umständen hinausgehen können, nicht hielten, könnten sie sich, wie Bassermann richtig sagte, gar nicht mehr auf der Straße sehen lassen. Mancher von uns wäre im Schutz der Landwirtschaft gern weiter gegangen. Aber wenn es heißt, dies ist die Grenze, so können wir nicht mit extremen Forderungen kommen, sondern müssen der Landwirtschaft dies Mögliche geben. Sonst wäre der Erfolg, daß sie den Schutz, den sie braucht und den man mühsam in das Gesetz hineingearbeitet hat, nicht erhält. Diese positive Arbeit zu Gunsten der Landwirtschaft wird in einem künftigen Reichstag viel weniger Boden haben. Wir haben sie versprochen und das Versprechen gehalten. Wer ist da der wahre Freund der Landwirtschaft? Wir geben ihr das Erreichbare. Wenn auch vielleicht mehr besser wäre, könnte es sonst doch dahin kommen, daß gar nichts daraus wird. Wir wollen nicht die Schwierigkeiten der Regierung vermehren; wir bedauern, daß von links alles geschieht, um den Tarif zu Falle zu bringen, daß man rechts festhält an Forderungen, deren Aussichtslosigkeit man selbst einsieht. Wir bekommen nie eine Regierung noch ein Parlament, die weiter zu gehen für die Landwirtschaft gewillt wären. Wir helfen denen, die Hilfe brauchen, treiben aber keinen Brotwucher. Darum hält unsere Resolution fest an der Regierungsvorlage. Ich weiß, daß wir darin nicht Alle einig sind; in wirtschaftlichen Dingen ist eben die absolute Einheit nicht zu erhoffen. Die Frage der Verabschiedung des Tarifs ist aber nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine politische ersten Ranges, eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. (Vielseitige Zustimmung.) Wenn wir aus der schweren wirtschaftlichen Krisis nicht herauskommen können, so liegt das im Wesentlichen mit an der allgemeinen Unsicherheit. Ihr ein Ende zu machen, ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit im Interesse der Industrie wie der Landwirtschaft. Eine politische Notwendigkeit ist, daß die Regierung, nachdem sie mit aller Kraft Jahre lang an der Vorlage gearbeitet, mit ihr nicht scheitert, daß der Reichstag sich nicht unfähig erweist, auf dem wichtigsten Gebiet für die nächsten 12 Jahren die Direktiven zu geben. Er würde selbst den Parlamentarismus unterwühlen, sein Ansehen so untergraben, daß er es nicht wiederherstellen könnte. Deshalb müssen wir arbeiten, daß die Vorlage z Stande kommt in einer Form, die allen Klassen gerecht wird. Dazu muß jeder ein gewisses Opfer seiner Ueberzeugung bringen, ich auch. Mit Freuden habe ich gestern in der engeren Kommission gesehen, wie Alle im Beschluß einmütig waren, obwohl die Anschauungen im Einzelnen auseinander gehen. Manchem ging er zu weit, Manchem nicht weit genug. Wenn ich die Resolution im Namen der großen Mehrheit des Centralvorstandes Ihnen vorschlage, so hoffe ich, daß sie hier eine ebenso große oder größere Mehrheit finden wird. Draußen im Lande würden wir ein gut Teil unseres Prestiges verlieren, wenn nach früherer Sitte die eine Hälfte dafür die andere dagegen stimmen würde, wenn wir uns vor und hinter den Wagen spannen wollten. Dann hört unser politischer Einfluß einfach auf. (Stürmische Zustimmung.) So schwer es dem Einzelnen sein mag, von seiner Ueberzeugung etwas zu opfern, bitte ich doch: Thun Sie es, bringen Sie dies Opfer der Gesamtheit, dem Vaterland. Es wird zu seinem und unserm Wohle sein. Vielleicht gelingt es uns, die Regierungsvorlage zu retten. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Dr. **Johannes** würde gern unter dem Eindruck der Uebereinstimmung mit dem Vorredner in allen wesentlichen Punkten auf das Wort verzichten; aber gegen den soeben eingebrachten Antrag Wagner müsse er sich wenden. Wenn man nach den Erklärungen des Reichsschatzsekretärs ein Defizit von 150 Millionen im nächsten Reichsetat zu erwarten habe, gelte es mehr als je, eine vernünftige Handelspolitik zu treiben. Das habe sogar die „Deutsche Tageszeitung" eingesehen. Leider verdrehe aber sich bei ihr die Vernunft in Unvernunft. Bei der ungünstigen Finanzlage kommt es darauf an, die Einnahmequellen des Staates zu pflegen, indem man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigert. Es sei bekannt, daß von einer günstigen Konjunktur der Großindustrie auch das Handwerk und der Kleinhandel Vorteil habe, wie sie umgekehrt auch darunter leiden müssen, wenn wirtschaftliche Depressionen eintreten. Eine vernünftige Handelspolitik müsse für Gewerbe und Handel die Bahn zu einer günstigen Entwickelung frei halten; das könne nur durch langfristige Handelsverträge geschehen. Die Industrie könne nicht handelspolitisch von der Hand in den Mund leben; sie müsse auf Jahre hinaus und länger kalkulieren können. Wenn sie von den Agrariern wegen ihres größeren Risikos als sozial minderwertig hingestellt werde, so habe doch auch das Meer keine Balken und man sage: navigare necesse est. Der Industrie danke man es, wenn in Deutschland der Weizenkonsum in den letzten 20 Jahren um 38 Prozent, der Fleischkonsum gar um 100 Prozent in den letzten 30 Jahren steigen konnte. Die Industrie werde aber auch den Stoß auszuhalten haben, wenn infolge der höheren Lebensmittelzölle in ungünstigen Geschäftszeiten eine soziale Erbitterung eintreten sollte. Redner erinnert an das Wort des Präsidenten Roosevelt, daß das höchste politische Gesetz die wirtschaftliche Rentabilität des Landes sein müsse. Diese solle und wolle die Regierungsvorlage erstreben; und darum empfehle es sich, wenn der Delegiertentag rückhaltlos für diese eintrete.

Zur Beratung liegen folgende Anträge vor:

Antrag des Centralvorstands:

„Der Delegiertentag der Nationalliberalen Partei erachtet die Verabschiedung eines neuen Zolltarifgesetzes und Zolltarifs, sowie das Zustandekommen günstiger langfristiger Handelsverträge für eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit.

„Er bedauert, daß durch Versagung des erforderlichen Zollschutzes für die Landwirtschaft von radikaler Seite, durch Aufstellung übertriebener, das Allgemeinwohl schädigender Forderungen im einseitigen Interesse eines Berufsstandes von agrarischer Seite — das Zustandekommen der Vorlage erschwert oder gefährdet wird.

„Der Delegiertentag erwartet, daß die Reichstagsfraktion sich im Wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage stellt, daß sie keinesfalls über die in der Regierungsvorlage enthaltenen Mindestzölle hinausgeht und daß sie weitere Mindestzölle ablehnt."

Antrag Wagner-Augsburg und 44 Genossen: aus dem Antrag des Centralvorstandes (im 3. Absatz) das Komma nach dem Worte „stellt", sowie die beiden letzten Zeilen (daß sie keinesfalls u. s. w.) zu streichen und dafür zu setzen:

und hierdurch das Zustandekommen des Zolltarifgesetzes und langfristiger Handelsverträge sichert."

In der nun folgenden Debatte begründet Herr **Wagner**-Augsburg zunächst seinen Antrag. Der Antrag des Centralvorstands sei nicht notwendig und mit der bisherigen Stellung der Partei unvereinbar, da er ein Verbot für die Reichstagsabgeordneten enthalte. Die Antragsteller hätten in der bayerischen Kammer gleiche Notlage anerkannt und einen gewissen Zollsatz für gerechtfertigt erkannt. Seine Höhe müsse die Regierung entscheiden danach, mit welcher Höhe sie noch Handelsverträge bekommen könne. Diesen Standpunkt verrückten die zwei letzten Zeilen im Antrag des Centralvorstands, indem er die Abgeordneten auf die jetzige Regierungsvorlage festlege, ohne Rücksichtnahme darauf, ob die Regierung nicht doch noch ihren Standpunkt ändere. Die Frage des Zolltarifes werde erst eine politische in dem Augenblicke, wo der Abschluß von Handelsverträgen auf seiner Grundlage nicht mehr möglich sei. Ob Gerste 50 Pf. mehr Zoll habe, sei keine politische Frage. (Semler: Aha!) Gehe die Regierung nicht höher, so würden wir uns damit begnügen müssen. Sein Antrag möge also angenommen werden.

Dr. **Kauffmann**-Wüstegiersdorf führt im Namen der nationalliberalen Niederschlesier sodann aus, daß diese sich nicht mit der Regierungsvorlage befreunden könnten infolge der zu hoch angesetzten landwirtschaftlichen Zölle, z. B. für Hafer ohne Grund. Noch weniger sei die Verdoppelung bezw. Verdreifachung der Zölle auf Vieh und Fleisch zu verstehen, da die Viehzucht im allgemeinen keinerlei Not leide. Der Redner spricht sich weiter gegen Zölle auf Lebensmittel, Futtermittel, Holz u. A. aus. Wir glauben, daß der gegenwärtige autonome Tarif vollkommen ausreiche, um solche Handelsverträge zu erhalten, die der Landwirtschaft einen höheren Schutz für Roggen und Weizen sichern. Die schlesischen Wähler seien für langfristige Handelsverträge ohne namhafte Erhöhung der Lebensmittelzölle. (Unruhe.) Der Redner will aber dem Antrag des Centralvorstandes zustimmen.

Abg. Dr. **Semler**-Hamburg begrüßt den einigen Beschluß des Centralvorstandes mit Freuden, nicht nur in der Form, sondern auch in der Sache. Eine Hinterthür enthalte der Antrag nirgends, die beiden letzten Zeilen seien der Kernpunkt des ganzen Antrages. Hic Rhodus, hic salta! Es ist die höchste Zeit, daß die Partei in einer wirtschaftlichen Frage, die zu einer politischen geworden ist, endlich einmal klare Stellung nimmt! Der Delegiertentag müsse Stellung nehmen; diese könne nun und nimmermehr ein Verbot für die Abgeordneten sein! Sie hätten kein imperatives Mandat von ihren Wählern, noch weniger aber von der Versammlung anzunehmen. Nur eine Bitte richte der Antrag an die Abgeordneten, nämlich den Beschluß der Versammlung zur Grundlage ihrer Erwägungen zu nehmen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Man sage, die Regierung wolle 50 Pfg. für Gerste bewilligen. Ja, wollen wir denn der Regierung in den Rücken fallen? Nein, wir wollen ihr den Rücken stärken. Sollen wir damit die Geschäfte des Centrums besorgen? (Bravo!) Die Worte des Antrages sind klar und deutlich, wir haben keine Hinterthüren nötig, erst wenn die Partei sich auf ihre eigene Meinung besinnt, gewinnt sie ihre werbende Kraft zurück. (Lebhafter Beifall.) Nachdem sich der Redner gegen den Vorredner gewendet und betont hat, daß keine Handelsverträge gekündigt werden dürften, ehe nicht neue sicher seien, empfiehlt er warm die möglichst einmütige Annahme des Antrages des Centralvorstandes.

Dr. **Deinhardt**-Deidesheim tritt für den Antrag Wagner ein und erklärt: Wir halbieren nicht mit!

Dr. **Krause**-Berlin vertritt nicht die Ansicht der beiden Anträge, stellt aber das allgemeine Wohl voran und fordert Wagner und Genossen auf, das auch zu thun. Es sei höchste Zeit, eine bestimmte Grenze zu stecken, das thue der Antrag des Centralvorstandes. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, wird es hier keine Sieger und Besiegte geben! Wir sind dann eine starke, einige, große Partei, die vielleicht dem Lande den wirtschaftlichen Frieden bringt.

Dr. **Hoßfeld**-Römhild stellt eine erfreuliche Einigkeit fest in dem Wunsche, die baldige Verabschiedung des Zolltarifgesetzes zu erreichen. Der Centralvorstand sei aber mit seinem Antrage nicht auf dem richtigen Wege. Die Resolution verlasse den Boden der Politik der Sammlung. (Oho!) Wie stehe die Partei da, wenn die Regierung doch noch weiter hinausgehe über ihre jetzige Vorlage? (Groß!) Nein, das Opfer werde nur der Regierung gebracht. Die Fraktion dürfe nicht festgelegt werden. Deshalb unterstütze Redner den Antrag Wagner.

Abg. **Wamhof**-Schledehausen hält es für seine Pflicht, trotz des vorzüglichen Referates des Herrn Abg. Paasche, als praktischer Landwirt noch zu dem Antrage zu sprechen. Ein Gegner jedes Fraktionszwanges habe er gelernt, nachzugeben; in einer solch wichtigen Frage müßten nur große politische Gesichtspunkte maßgebend sein. Das ganze Land wolle Einigung, Stetigkeit und Ruhe im Lande und in der Landwirtschaft haben. Es sei zu begrüßen, daß der Antrag des Centralvorstands einstimmig von ihm angenommen worden sei, nun müsse die Stimmung der Delegierten festgestellt werden. Praktische Politik, kein fortwährendes Hin- und Herschwanken! Landwirtschaft und Industrie müßten den ihnen nötigen Schutz haben. Redner bittet, für den Antrag des Centralvorstandes zu stimmen.

Herr Dr. **Lotz**-München wendet sich gegen die Ausführungen des Referenten, daß die Caprivi'schen Handelsverträge uns nur den Nutzen gebracht hätten, daß das Ausland die Zölle nicht hätte erhöhen können, und hält es nicht für erwiesen, daß der Landwirtschaft durch Schutzzölle geholfen werde. Dem ersten Absatz des Antrags des Centralvorstandes könne er zustimmen, dem zweiten nicht und dem letzten nur nach einem Zusatz. Zum Schluß spricht sich der Redner für Beibehaltung des Zolles von 3.50 M. aus.

Herr Dr. **Hammerschmidt**-Speyer unterstützt den Antrag Wagner; es sei stets der Grundsatz der Nationalliberalen in Bayern und der Pfalz gewesen, der Landwirtschaft soweit Zollschutz zu gewähren, wie noch Handelsverträge möglich seien. An die Festigkeit der Regierung glaube er nicht. Durch die letzten Sätze im Antrage des Centralvorstandes seien die Abgeordneten dennoch festgelegt und ihr Mandat würde dadurch zu einem imperativen gemacht. (Widerspruch.) Nehmen Sie den Antrag Wagner an.

Herr Dr. **Vogel**-Dresden tritt warm für den Antrag des Centralvorstands ein und fordert klare und feste Stellungnahme. Dazu müsse die Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter herangezogen werden, dann werde etwas Gutes zu Stande kommen. Er zweifle nicht an der Festigkeit der Regierung, sollte sie aber noch schwanken, so müsse gerade unsere Partei sie stärken. Die Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche, nicht nur eine politische, sondern sie ist eine ungeheuer wichtige nationale Frage! An Bismarck müssen wir uns ein Vorbild nehmen, auch er hat Opfer gebracht! Zeigen Sie, daß wir einig sind, nehmen Sie den Antrag einstimmig an! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Herr Rechtsanwalt **Brunner**-Bayreuth sieht in der heutigen Abstimmung über die Resolution eine Entscheidung über die Lebensfähigkeit der Nationalliberalen Partei in Bayern. Den dritten Sitz im Reichstage haben sie nur durch die verkündete und bethätigte Freiheit in wirtschaftlichen Fragen errungen. Nehmen Sie uns die wirtschaftliche Freiheit durch Annahme der Resolution, so schneiden Sie uns jede Aussicht auf erfolgreiche Weiterentwickelung ab. (Bravo!)

Abg. Professor Dr. **Friedberg**-Halle erblickt in der Stellungnahme der linken und der rechten Gruppen der Partei das Bestreben, eine Hinterthür offen zu halten. Wir müssen mit einer festen Parole vor unsere Wähler treten. Die Richtschnur sei die Regierungsvorlage. Lotz sei, wenn er bei seinen Ausführungen beharre, ein Outsider. Die Landwirtschaft dürfe nicht preisgegeben werden. Die Höhe des Schutzes sei lediglich bedingt durch das allgemeine Wohl. Der Antrag des Centralausschusses bedinge kein imperatives Mandat, er solle nur die allgemeine Stimmung in der Partei zum Ausdruck bringen. Die Frage sei eine so nationale, daß die Nichtannahme des Antrages ein überaus schwerer nationaler Schlag für das deutsche Volk sein werde. Es müsse das Rüstzeug besitzen zu dem Kampfe um die nationale Existenz.

Von mehreren Seiten liegen nun Schlußanträge vor. Dr. **Semler** fragt an, ob eine Diskussion über diese Anträge gestattet sei, was vom Vorsitzenden auf Grund der Geschäftsordnung des Reichstages verneint wird. Der Schlußantrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Nachdem die Versammlung ein Telegramm des Kaisers stehend angehört hatte, erteilt der Vorsitzende dem Referenten das Schlußwort.

Abg. Dr. **Paasche** wiederholt die dringende Bitte, ja in dieser nationalen Frage einig zu sein. Die Regierung werde festbleiben, da ihre Stellung auf der gleichartigen der Bundesrate beruhe. Nur auf der Basis der Regierungsvorlage könne der Zolltarif zu Stande kommen. Es handle sich nicht um ungarantierte Mandate, sondern darum, die Regierung zu stützen. Bringen Sie ein Opfer, Sie werden damit dem Vaterlande den größten Dienst leisten. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun die **Abstimmung** über den Antrag des Centralvorstandes mit der Abänderung des Antrages Wagner vorgenommen und zwar zuerst über die drei Absätze einzeln. Der erste Absatz wird einstimmig angenommen, der zweite Absatz mit allen gegen vier Stimmen. Der dritte Absatz wird mit allen gegen 83 Stimmen abgelehnt und damit der Antrag des Centralvorstandes mit derselben Mehrheit beschlossen. Der Antrag wird schließlich im Ganzen mit allen gegen 49 Stimmen angenommen.

Die Festtafel.

Nach der anstrengenden Sitzung des zweiten Versammlungstages vereinigten sich um 6 Uhr die Delegierten zu froher Tafelrunde. Der große Saal des Kurhaus-Hotels „Fürstenhof" war bis auf den letzten Platz gefüllt und unverkennbar war eine gehobene Stimmung der Versammlung infolge der einigen und glücklichen Tagsitzung aufgeprägt.

Die Reihe der offiziellen Toaste eröffnete Dr. **Hammacher** mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. An zweiter Stelle sprach Dr. **Osann**-Darmstadt über die Ziele und Bestrebungen der Partei und schloß mit einem Hoch auf die Partei. Daß der Redner bei einem solchen jubelnde Zustimmung fand, ist selbstverständlich. In zündender Ansprache feierte dann Abg. Pfarrer D. **Hackenberg** die Wartburgstadt und ihre Gastfreundschaft. Der Toast des Herrn Abg. v. **Knapp** galt den Senioren der Partei, Dr. Hammacher, Staatsm. a. D. Hobrecht und Amtsrat Seer. In seiner Antwort wünschte Amtsr. **Seer** allen Anwesenden, auch seine 85 Jahre zu erreichen, und jedem drängte sich dieser Wunsch auch auf, wenn er sah, daß man in solchem Alter mit so beneidenswerter Frische der Jugend voraugehen könne. Baurat Senator **Wallbrecht**-Hannover toastete auf die Presse. Im Namen des Eisenacher Reichsvereins dankte Herr Prof. Dr. **Flex** dem Herrn Abgeordneten D. Hackenberg und schloß dann mit dem Hinweis, daß in einer Stadt, die am Fuße der Burg des Sängerkrieges gelegen sei, die Minne und Verehrung für die Frauen heute noch zu Recht beständen, mit einem Hoch in poetischer Form auf die deutschen Frauen. Geh. Oberregierungsrat **Lusensky**-Berlin toastete auf die Referenten. Von den übrigen Toasten sei vor Allem der des Direktors **Hermanni**-Rombach bei Metz auf Generalsekretär Patzig hervorgehoben. Herr Geheimerat Dr. **Sattler** hob dann, von allgemeiner Zustimmung auf das Lebhafteste unterstützt, mit Recht hervor, wie freudig die Partei es begrüße, zum ersten Male Mitarbeiter **aus den Reichslanden** in gemeinsamer Thätigkeit begrüßen zu dürfen. Lange noch blieb die Versammlung in froher Vereinigung zusammen.

Für die Redaktion verantwortlich i. V.: Karl Frieß in Karlsruhe.

LOCARNO Hôtel Reber am See.
Mildestes Klima der Schweiz. Nebelfrei. Geschützte Lage. Großer Park
Altrenommiertes deutsches Familien-Hôtel. Illustr. Prospekt.
9703 Besitzer: A. Reber.

1970

Im September 1902

wurden allein nach dem Platze Berlin versandt

107105 Flaschen

„Henkell Trocken“

„Henkell Sehr trocken“

u. s. w.

Zu beziehen durch die Weinhandlungen.

Kaiserstrasse 207

Versäumen
Sie nicht

Bettvorlagen — Bettdecken

sich in dem **Räumungsverkauf** von

Franz Tauer,
Kaiserstrasse 207,

von den **enorm reduzierten Preisen** zu überzeugen. 1194

Vorhänge — Weiss-waren — Wäsche

zwischen Wald- u. Karlstrasse

„Mástu"-Schutzborden:

Qual. **A**, Borde mit **Mástu**-Besen,
„ **B**, Glanzborde mit **Mástu**-Besen,
„ **C** u. **D**, Borden mit Kordel u. **Mástu**-Besen **laufen niemals** ein, dünnster aber widerstandsfähigster Besen, der selbst nach jeder Wäsche, **sobald getrocknet**, grösste Elasticität bewahrt und **dadurch selbstthätig den Saum** von Staub befreit. Die **4 Mástu**-Schutzborden sind auf jeder Borde gestempelt: **„Mástu" A, B, C** oder **D**, je nach der Preislage.

„Mástu"-Krageneinlage „Porös"
„Mástu"-Stoss mit und ohne Besen
„Mástu"-Rockgaze
„Mástu"-Wattierleinen

sind waschbar, laufen niemals ein, bewahren selbst nach jeder Wäsche, sobald getrocknet, ihre ursprüngliche Form, Härte und Elasticität.

Jede Ware ist mit Etiquette „Mástu" versehen, um nichts falsches zu erhalten; **Mástu**-Fabrikate sind ganz neu, für die gesamte Schneiderei bahnbrechend und deshalb überall zu fordern. 9770

Patent in verschiedenen Staaten.
Alleinige Erfinder u. Fabrikanten:
Mann & Stumpe, Barmen.

Im Total-Ausverkauf

werden **Anzüge, Paletots, Havelocks** und **Hosen** zu und **unter dem** Selbstkostenpreise **gegen Barzahlung**

nach Maaß angefertigt.

Jeder Sackanzug und Winterpaletot wird zu 50 Mk. abgegeben.

Eleganter Schnitt. ✶ Feine Verarbeitung.

Großes Lager deutscher und englischer Stoffe.

Hochachtungsvoll

Karl Budwig, Schneidermeister.

Kaiserstr. 136, 2. Stock, im Friedrichsbad. 1238

L. Goldmann, Karlsruhe,
Kaiserstrasse 235. 1041

Spezialgeschäft für Fussleidende.

Anfertigung feinster Maassarbeit.

Vorschriftsmässige **Militärstiefel, Reit- und Marschstiefel.**

Mache auf meine **Reparatur-Werkstätte** besonders aufmerksam.

Restaurant zum „Löwenrachen".
Kaiser-Wilhelm-Passage.

Empfehle einen vorzüglichen
Mittags- und Abendtisch
in und ausser dem Abonnement.

Gleichzeitig empfehle **reine**
Oberländer-, Rhein- und Moselweine.

Warme Küche bis abends 12 Uhr
bei einem **vorzüglichen Stoff Münchner Leistbräu** und **Freiherrlich von Seldeneck'**schem **Exportbier.**

Jeden Abend 6 Uhr frischer Ausschank direkt vom Fass.

Prompte Bedienung. ***Reelle Preise.***

NB. Zu **Hochzeiten, Festessen** oder **sonstigen Festlichkeiten** empfehle meine **schönen Lokalitäten**, sowie **Diners à Parte.** 1064

Hochachtungsvoll
Carl Dathe.

SCHUBERT & SORGE,
Lampenfabrik,
Leipzig-Reudnitz.

Seit über 20 Jahren vorteilhafteste, dir. Bezugsquelle für

Petroleum-Lampen

u. **Laternen** jeglicher Art an **Private, Behörden, Anstalten, Fabriken, Ortsgemeinden** für **Kirchen-** und **Straßenbeleuchtung** u. s. w. unter **Garantie** vorzüglichster Ausführung. **Musterbuch** für Saison 1902/03 unberechnet und frei. 9683

Neu! Petrol.-Heizofen
„**Non plus ultra**" ohne Glascylinder, ohne Abzugrohr, best bewährtes System. Hunderte von Referenzen. Preis **Mk. 25.—.**

Präcisions-Taschenuhren A. Lange & Söhne, Glashütte i. S. 8810

Neuheiten
in
Damen- und Herren-Kleiderstoffen
empfehle
in besten Fabrikaten zu billigsten Preisen; Muster gerne zu Diensten. 1139

Kaiserstraße 101/103. Filiale: **Werderstr. 48.**

Christ. Oertel,

Kaiserstraße 101/103. Filiale: **Werderstr. 48.**

Manufakturwaren, Betten- und Ausstattungs-Geschäft. — Uebernahme ganzer Aussteuern.

Ostertag's
Kassenschränke.

Höchste Sicherheit gegen Feuer und Einbruch!

J. Ostertag, Kgl. Hoflieferant, **Aalen** (Württemberg.)

Streng solide Bedienung. Mässige Preise.

Man verlange illustrierte Kataloge. 9490

Hotel-Anzeiger für die Reise.

Die Besitzer folgender Hotels haben uns mitgeteilt, dass bei ihnen die „Badische Landeszeitung" aufliegt.

Aachen. Quellens Hotel. Hotel Wilhelmshof. Hotel zur Kaiserl. Krone. Hotel du Nord.
Adelsheim. Zur Linde.
Altenburg, Sachsen-Altenburg. Hotel Wettiner Hof. Hotel Europäischer Hof.
Altona-Ottensen, Schlesw.-Holst. Hotel Königlicher Hof. Hotel Kühnel.
Appenweier. Zum schwarzen Adler.
Augsburg, Bay. Hotel Drei Mohren. Hotel Weißes Lamm. Hotel Drei Kronen.
Baden-Baden. Hotel Sonnenhof. Hotel Englischer Hof. Hotel Darmstädter Hof. Hotel Meßmer. Hotel Stadt Paris. Hotel Badischer Hof. Hotel Französischer Hof. Hotel Europäischer Hof. Hotel Müller. Hotel zum Hirsch. Hotel Drei Könige. Hotel Stadt Straßburg.
Bamberg, Bay. Hotel Bamberger Hof. Hotel Luitpold. Hotel Deutsches Reich.
Barmen, Rheinprov. Hotel Deutsches Haus. Hotel Luftkurhaus.
Berchtesgaden, Oberbay. Grand Hotel Kurhaus. Hotel Bellevue.
Berlin. Kaiserhof. Central-Hotel. Hotel Continental. Monopol-Hotel. Grand Hotel de Rome. Reichshof.
Bingen, Hessen-Darmst. Victoria-Hotel. Hotel Goebel. Hotel Germania.
Blumberg-Zollhaus. Zur Post.
Bonn a/Rh. Hotel Rheineck. Grand Hotel Royal. Hotel Kronprinz.
Braunschweig. Schraders Hotel. Hotel St. Petersburg.
Bruchsal, Baden. Hotel Keller.
Buchen. Hotel Prinz Carl. Zum Pflug.
Büsum, Holstein. Strandhotel.
Coblenz, Rheinprov. Hotel Bellevue. Victoria-Hotel. Hotel Kölner Hof. Monopol-Hotel.
Darmstadt. Hotel z. Traube. Hotel Darmstädter Hof.
Dortmund. Hotel Römischer Kaiser. Hotel Middendorff.
Dresden. Hotel Europäischer Hof. Hotel du Nord. Hotel Bellevue. Hotel Kronprinz. Hotel Royal.
Düsseldorf. Hotel Breidenbacher Hof. Hotel Monopol-Métropol. Hotel Römischer Kaiser. Bahnhofs-Hotel. Hotel Kölnischer Hof. Hotel Kaletsch. Artus-Hof.
Eberbach, Baden. Hot. z. Badischen Hof. Leininger Hof (am nächsten der Bahn).
Eichstetten. Zum Adler.
Eisenach, Thür. Hotel zum Großherzog von Sachsen. Kurhotel Fürstenhof. Hotel H. Zimmermann.
Elberfeld. Hotel Weidenhof. Hotel Kaiserhof. Hotel Post.
Ems a. d. Lahn. Hotel Englischer Hof. Vier Jahreszeiten. Hotel Königliches Kurhaus.
Erfurt, Thür. Hotel Europäischer Hof.
Essen, Rheinprov. Hotel Essener Hof. Hotel Rheinischer Hof. Hotel Monopol. Centralhotel.
Eßlingen, Württbg. Hotel z. Krone.
Frankenthal, Bay. Rheinpf. Hotel Lang.
Frankfurt a/M. Hotel Continental. Germania-Hotel. Grand Hot. National. Hotel Deutscher Kaiser. Hotel Frankfurter Hof. Hotel z. Schwan. Hot. Drexel. Hotel Pariser Hof.
Freudenstadt, Wttbg. Schwarzwald-Hotel. Hotel z. Post.
Friedrichsthal, Baden. Zur Krone.
Friedrichroda, Thür. Hotel Kurhaus.
Friedrichshafen, Wttbg. Hotel Deutsches Haus.
Garmisch, Oberbay. Hotel z. Husaren.
Gengenbach, Bad. Hot. Schwarz. Adler. Gasthaus u. Brauerei z. Löwen.
Gotha, Thür. Hotel Münscher.
Graben. Zum Schwanen.
Hagenau, Els. Hotel Wilder Mann.
Halle a. d. Saale. Hotel Continental.
Hamburg. Hotel Hamburger Hof. Streits Hotel. Meyers Hotel. Höfers Hotel. Hotel Bristol. Wiezels Hotel. Hammonia-Hotel.
Hannover. Hotel Royal. Kastens Hotel. Grand Hotel. Hotel Bristol. Central-Hotel.
Bad **Harzburg,** Braunschw. Kurhotel Julinshall.
Heidelberg. Hotel Darmstädter Hof.
Heilbronn a N. Bahnhofhotel (Linsenmeyer). Neckarhotel.
Heringsdorf, Ostsee. Kurhaus.
Hildesheim, Hann. Hotel d'Angleterre.
Hohenschwangau, Bay. Hot. Alpenrose.
Homburg v. d. H., Prov. Hess. Royal Victoria-Hotel. Hotel Vier Jahreszeiten.
Hüfingen. Zur Krone.
Jena, Thür. Hotel z. schwarz. Bären.
Jestetten. Zum Löwen.
Ilsenburg, Harz. Hotel z. d. rot. Forellen.
Kalw, Wttbg. Hotel z. Waldhorn.
Kandern (Baden). Gasthof zur Krone).
Kappel (Schwarzw.) Zum Sternen.
Kassel. Hotel du Nord.
Kehl a. Rh. Hotel zur Blume.
Kiel. Hotel Germania.
Kirchheimbolanden. Hotel Bechtelsheimer. Hotel Trunk.
Bad **Kissingen.** Königl. Kurhaus-Hotel.
Köln a/Rh. Hotel Victoria. Hotel Drei Könige. Hotel du Nord. Dom-Hotel. Hotel Ernst. Hotel Kölner Hof. Hotel Disch.
Königsberg i. Pr. Schloß-Hotel.
Königsfeld. Gasthof der Brüdergemeine.
Königswinter a/Rh. Hotel Monopol.
Kreuznach, Rheinprov. Hotel Adler. Kurhaushotel.
Ladenburg. Gasthaus und Brauerei zur Krone.
Lahr. Hotel z. Löwen. Hotel z. Apfel.
Landau, Rheinpfalz. Hotel z. Schwan.
Langenschwalbach. Hotel Quellenhof.
Leipzig. Hotel Hauffe. Hotel Kaiserhof. Hotel Sedan. Hotel Fürstenhof. Hotel Hentschel. Central-Hotel. Hotel du Nord.
Bad **Liebenstein,** Thür. Kurhaus.
Lörrach. Hotel z. Krone.
Ludwigshafen. Hotel Deutsches Haus.
Ludwigshafen am Bodensee. Pension Villa Regina.
Magdeburg. Central-Hotel.
Mainz. Hotel Hof von Holland. Hotel Rheinischer Hof. Central-Hotel.
Marburg, Hess. Hotel z. Ritter.
Markirch, Els. Grand Hotel.
Meßkirch. Zum Löwen.
Metz, Els.-Lothr. Grand Hotel Europe.
Mühlhausen i. Thür. Hotel Weißer Schwan. Hotel König von Preußen.
München. Hotel Vier Jahreszeiten. Hotel Métropole. Hotel Kaiserhof. und in nachbenannten Cafés: Maximilian, Luitpold, Putscher, Wittelsbach, Probst, Union.
Bad **Münster a. St.** Kurhaus-Hotel.
Bad **Nauheim.** Hotel Kursaal.
Neckarhausen (Neckarhäuserhof). Zum Finsterbachthal.
Neuenahr, Rheinprov. Hotel Hof von Holland. Bade- und Kurhotel.
Oberkirch. Hotel schwarzer Adler. Geldreich's Gasthof zur Linde. Hotel goldener Adler.
Offenburg. Hotel Ries. Hotel Grüner Baum. Hotel Schwarzer Adler.
Osnabrück, Hann. Hotel Schaumburg.
Bad **Oeynhausen,** Westf. Kurhotel.
Pforzheim. Hotel z. Rappen. Bahn-Hotel.
Potsdam. Hotel Deutsches Haus.
Radolfzell a/B. Hotel Sonne (Post).
Rastatt. Hotel Krone.
Rheinheim, Amt Waldshut). Gasthaus zum Engel (Post).
Riegel. Zum Kopf.
Rosenheim, Oberbay. Hotel Deutscher Kaiser und Bismarckbad.
Rothenfels, Murgthal. Zum Ochsen.
Rudolstadt, Thür. Hotel u. Kurhaus Rudolsbad.
Saarbrücken-St. Johann, Rheinprov. Hotel Meßmer.
Säckingen. Hotel z. Schützen. Hotel zum Schwert.
Sindolsheim. Zum Lamm.
Schmieheim. Zum Löwen.
Schiltach, Baden. Hotel Engel.
Schwetzingen. Bahnhof-Hotel. Restaur. zum Falken.
Bad **Soden,** i. Taunus. Hotel Kurhaus.
Straßburg, Els. Hotel National.
Stuttgart. Hotel Marquardt.
Thiengen (Waldshut). Bad Bruckhaus.
Triberg. Hotel Bellevue. Bieringer's Schwarzwald-Hotel.
Ulm. Hotel Europäischer Hof.
Villingen. Hotel Falke. Zum Paradies.
Böhrenbach. Zum eisernen Kreuz.
Wilstätt. Zum Adler. Zum Schwanen.
Wilferdingen. Zum Adler.
Wolfach. Gasthof zum Salmen.
Worms. Hotel Europäischer Hof.
Ziegelhausen bei Heidelberg. Hotel Adler.

Diejenigen Hotelbesitzer, welche die „Badische Landeszeitung" beziehen und hier noch nicht aufgeführt sind, ersuchen wir um Einsendung der Adresse.

Trauben,

französische, Tyroler, Italiener, Griechen, Spanier, schwarz und weiß, insbesondere **weiße Andalusische Manzanilla** und **Muscateller, nur feinste Qualitäten,** offerieren, **täglich** eintreffend, billigst 1222

Franz Fischer & Cie., Karlsruhe,
Wein- und Trauben-Import.

Filialen: Corfu (Griechenl.) Neuenbürg (Württb.)

Schornsteinaufsatz,
in Sturm und Wetter als auch beim höchst. Sonnendruckhundertfältigerprobt und großartig bewährt. Sicherste Hilfe geg. Rauchbelästigung u. bestes Mittel zur Zugverbesserung. Drei Monate auf Probe.

Gustav Boegler, Karlsruhe,
Kurvenstraße 13. 1000

Wiederholt prämiiert mit Ehrendiplom, goldenen, silbernen u. bronz. Medaillen.

Versteigerung.

Am Samstag, den 25. Oktober 1902, nachmittags 3 Uhr, wird im Rathaus zu **Etzenroth** das

Hotel Neurod
im Albthal

öffentlich versteigert.

Jungen, strebsamen Leuten, die über einige Mittel verfügen, bietet sich hier Gelegenheit zur Gründung einer schönen Existenz. 1167

Adolf Bäuerle
Maschinen- und Kesselfabrik
Kirchheim-Teck (Württ.)
liefert als Spezialität:

Eis- und Kühlmaschinen, Kühlapparate
für Lagerkeller und Mälzereien.
Einrichtungen zur Abkühlung u. Ventilation der Gährkeller.
Rückkühlanlagen
für Kälte- und Condensations-Dampfmaschinen.
Dampfmaschinen, Locomobilen
in jeder Grösse.
Dampfkessel, Blecharbeiten aller Art. 8913

Ziergesträuch,

auch **Coniferen** jeder Art und Größe, wird, soweit event. für eigenen Bedarf entbehrlich, aus der **Großh. Gehölzbaumschule zu Karlsruhe** abgegeben, im einzelnen wie in großen Partien. Kataloge und nähere Auskunft erhältlich von der 9821

Großh. Hofgärtnerei, Karlsruhe.

Eheringe, Paten-, Hochzeits- u. Gelegenheits-
Geschenke
in reichster Auswahl 1009
bei billigster Berechnung.
M. Friederich & Cie.,
Hoffuweliere,
Karlsruhe, Kaiserstraße 92.
Bruchsal, Kaiserstr. 32.

Thee Messmer
in frischer Sendung empfiehlt 1200
Conditorei Nagel,
Waldstr. 48. Telef. 1177.

Nervöse
wie **Angstgefühl, Herzklopfen, Blutwallen, Aufstoßen, Magendrücken, Kopfweh, kalte Füße, Stuhlverstopfung** behandelt mit bestem Erfolg
Lichtheil-Institut
„Elektron"
Karlsruhe, Kaiserstr. 88.
Geöffnet vormittags 7—12, nachmittags 2—9, Sonntags 8—12 Uhr. 1198

Wohnungs-Vermietung. 1161

Baden-Baden, Langestraße Nr. 6, **Ecke** Büttengasse, in bester Geschäftslage, ist die Wohnung III. Obergeschoß 3 Treppen hoch), neu hergerichtet, (7 Zimmer mit allem Zubehör, auch für Bureau geeignet, sofort zu vermieten. Bad und elektrisches Licht können eingerichtet werden. Näheres im Hause bei **Ph. Bussemer,** Kaufmann, oder auf dem Baubureau von **A. & A. Klein,** Vincentistr. Nr. 6.

Ein noch gut erhaltener, Mohr & Federhaff'scher 9831

Dampfkrahn,

2250 kg Tragkraft, 11 m Ausladung, 2,90 m Spurweite, 10,35 m Rollenhöhe, ist, weil überzählig, preiswert

zu verkaufen.

Gebr. Mellinghoff,
Kohlen en gros,
Mannheim.

Eine **Teigwarenfabrik** sucht einen

Vertreter
der Lebensmittelbranche

welcher den größten Teil **Badens** regelmäßig besucht.

Tüchtigem Herrn wäre, neben Führung eines anderen Artikels, bei hoher Provision ein günstiges Feld geboten.

Offerte erbitten durch die Exped. d. Bl. unter Nr. 1252.

Vollständige, noch gut erhaltene

Zahnärztl. Einrichtung

(für Anfänger geeignet) **Umstände halber sofort** 9830

zu verkaufen.

Gefl. Offerten unter **N. 354 F. M.** an **Rudolf Mosse, Mannheim,** erbeten.

Verantwortlich
für Reklamen und Inserate:
Georg Biz in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe